

„Gebt das Promotionsrecht nicht ab“

Wie Unis gedeihen: Bundesforschungsministerin Schavan zu Fusionsplänen und zur Superuni

Frau Schavan, das Promotionsrecht ist ein Alleinstellungsmerkmal der Universitäten. Diese sehen darin gegenüber den weit besser ausgestatteten außeruniversitären Instituten ihren entscheidenden Vorzug: Mittels der Promotion binden sie Nachwuchsforscher an sich. Ist diese Tradition unantastbar?

Ja. Mein guter Rat an die Universitäten: Gebt das Promotionsrecht nicht ab.

In Mainz will die Universität die Forscher von ein oder zwei Max-Planck-Instituten gleichberechtigt innerhalb gemeinsamer Graduiertenschulen an Promotionsverfahren beteiligen. Die Max-Planck-Gesellschaft als Ganzes wird über eine GmbH einbezogen, die sie mit der Uni gründen will. Kritiker sehen darin einen gefährlichen Dammbreach. Zu Recht?

Für alle Kooperationen gilt: Sie müssen aus der Wissenschaft heraus entwickelt werden und nicht aufgrund politischer Vorgaben. In Mainz hängt viel von Details ab. Wenn klar ist, dass der Rektor der Universität unter der Promotionsurkunde steht, sehe ich kein Problem.

Deutschlands Wissenschaftssystem leidet nach Ansicht vieler Experten an der Trennung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Sie schwäche die Universitäten und schneide die außeruniversitären Spitzenforscher von der Lehre ab. Sehen Sie das auch so?



Annette Schavan (52) ist seit 2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung. Davor war die CDU-Politikerin Ministerin für Kultur, Jugend und Sport in Baden-Württemberg.

Das ist der eindeutige Befund vieler Analysen. Die Exzellenzinitiative hat jedoch gezeigt, wie Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung zu mehr Stärke führen. Dabei müssen aber die Universitäten das Herzstück des Wissenschaftssystems bleiben.

Wissenschaftler um den Nobelpreisträger Günter Blobel haben gefordert, bestimmte Max-Planck-Institute als Eliteinstitute in Unis zu integrieren. Eine gute Idee?

Ich halte nichts davon, Max-Planck- oder andere Forschungsinstitute schlicht zu integrieren. Es wird am Ende eine Vielfalt von Kooperationen geben. Ich werde mich demnächst mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zusammensetzen, um über eine gemeinsame Philosophie für diese neuen Organisationsformen beraten. Dabei wird es darum gehen: Gibt es Konsens über die Frage des Promotionsrechts? Wie verbinden wir in zehn Jahren die Stärke, die der außeruniversitären Forschung auch international bescheinigt wird, mit den Stärken der Unis? Und wie verringern wir die Schwächen, dort wo die Welten zu weit auseinander liegen? Es wird in zehn Jahren Standorte geben, an denen die Verbindung zwischen dem universitären und dem außeruniversitären System sehr viel deutlicher ist als heute.

Modell für eine neuartige Verbindung ist die Universität Karlsruhe, die mit dem Forschungszentrum Karlsruhe der Helmholtzgemeinschaft zum KIT fusionieren will. Damit würde allerdings auch Bundesgeld mit Landesgeld vermischt. Denn 90 Prozent der Mittel für die Helmholtzgemeinschaft kommen vom Bund. Wie soll das gehen?

Dazu sage ich heute nur so viel: Das wird gelingen.

Könnten Sie sich eine Bundesuniversität vorstellen, wie sie gerade erst wieder gefordert wurde?

Man kann auch anders ans Ziel kommen. Das Zusammenspiel von Bund und Ländern hat sich bewährt. Es macht deutlich, dass das Wissenschaftssystem eine nationale Aufgabe ist.

Mehr Sichtbarkeit soll auch das von Berlins Wissenschaftssenator Zöllner geplante Institut für die Spitzenforschung

bringen, die Superuni, die Sie begrüßt haben. An den Berliner Universitäten wird aber befürchtet, sie könnten Exzellenzbereiche dauerhaft an die Superuni verlieren.

Ich unterstütze die Bündelung von Kräften, nicht aber die Auslagerung der Spitzenforschung aus den Universitäten. Die Skepsis in Berlin kommt daher, dass der Vorschlag nicht als Bottom-up-Prozess von Seiten der Wissenschaft kam. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, Filetstücke würden von oben aus der Universität herausgelöst. Eine Kooperation, die für einen der Akteure ein Verlustgeschäft ist, gelingt nicht.

Man kann eine womöglich politisch notwendige Entscheidung nicht von den Egoismen der Universitäten abhängig machen. Es geht dem Senator ja um international erkennbare Exzellenz.

Soeben ist die Freie Universität mit ihrem Zukunftskonzept in der Exzellenzinitiative erfolgreich gewesen. Die Vorstellung, daraus könne sich keine international sichtbare Marke entwickeln, finde ich leicht depressiv. In der Berliner Hochschullandschaft steckt ein hohes Potenzial, das sich weiterentwickeln kann, wenn noch enger kooperiert wird. Das wissen die Universitäten auch.

Was halten Sie von der Idee der FU und der TU, statt der Superuni eine Art Berliner DFG ins Leben zu rufen?

Bisher kenne ich Pläne, die in Richtung eines Exzellenzverbunds gehen. Dafür braucht man keine Berliner DFG. Wo attraktive Verbünde sind, fließt auch Geld.

Auch vom Bund, wie man in Berlin hofft?

Davon habe ich gehört, aber das ist erstaunlich. Denn darüber ist nicht gesprochen worden. Wenn es für Berlin weitere Hilfestellungen in einer Übergangsphase gibt, dann aus den Etats der Forschungsorganisationen, der dafür nicht aufgestockt wird. Natürlich können sich die Forscher aber im Rahmen bereits bestehender Bundesprogramme bewerben.

Berlins Wissenschaftssenator will die Superuni auch, weil ihm eine Neuauflage des Elitewettbewerbs unwahrscheinlich erscheint. Ist seine Einschätzung berechtigt?

Nein.

Geteilt wird sie aber etwa auch von Peter Gruss, dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft.

Die Exzellenzinitiative hat neue Impulse gegeben. Darum ist es ganz wichtig, sie zu verstetigen. Dazu gibt es auch eine entsprechende Erklärung des Bundes, der 16 Länder und der Allianz der Forschungsorganisationen. Ob das in der gleichen Form mit den exakt gleichen Förderlinien geschieht, steht noch nicht fest.

Vielfach gewünscht wird auch eine Exzellenzinitiative für die Lehre.

Ein Konzept dazu liegt noch nicht vor. Die beste Initiative für die Verbesserung der Lehre ist eine bessere Personalausstattung. Wir haben den Hochschulpakt für neue Studienplätze abgeschlossen. Gemeinsam mit der Exzellenzinitiative werden dadurch zehntausend neue Stellen an Hochschulen geschaffen. Darüber hinaus ist die Frage des Betreuungsverhältnisses Sache der Länder.

Wie viel Geld bräuchte man denn für eine Exzellenzinitiative in der Lehre? Zu Debatte stehen ja erst fünf Millionen Euro vom Stifterverband, der sich weitere fünf Millionen von den Ländern wünscht.

Da muss man aufpassen, dass man der Lehre nicht den Platz am Katzentisch gibt, weil die Summen überhaupt nicht vergleichbar sind mit denen für die Exzellenzinitiative für Forschung. Der Bund ist jedenfalls bereit, über tragfähige Konzepte zu reden. Der erste Schritt wäre aber die von manchen Ländern befürwortete Abschaffung der Kapazitätsverordnung...

...die eine ausschöpfende Vergabe von Studienplätzen verlangt. Angesichts des Studentenbergs ein heikler Punkt.

Ja, wie das gelingt, ist jetzt eine Frage des juristischen Handwerks.

— Das Gespräch führten Amory Burchard und Anja Kühne.